



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas

Liebe Leser,

wir haben einen heißen Sommer hinter uns, und ich hoffe, Sie haben ihn gut überstanden und auch die notwendige Abkühlung in vielfältiger Form genießen können. Erholung war auch für alle Beteiligten in der EU nötig, denn jetzt im Herbst stehen wichtige Entscheidungen mit weitreichenden Konsequenzen für ganz Europa, aber auch einzelne Länder an: Estland stimmt am 14. September, Lettland am 20. September über den Beitritt zur EU ab. Da mir diese beiden Länder besonders am Herzen liegen, habe ich während der Ferien dort auch in Veranstaltungen mit unseren Partnerparteien für ein "Jah" (estnische Schreibweise) geworben.

Am 14. September stimmen die Schweden über den Beitritt zum Euro ab, ich glaube, es wird ein "Nein" werden. Aber wir sollten die Schweden nicht dafür beschimpfen, denn ein solches Referendum hätte bei uns wahrscheinlich einen ähnlichen Ausgang gehabt. Zu beschimpfen sind aber in diesem Zusammenhang die schwedischen Sozialdemokraten unter Ministerpräsident Persson, die seit dem EU-Beitritt in vielen Fragen eine zögerlich-skeptisch-negative Politik betrieben haben, im Gegensatz zu deren finnischen Genossen, die von Anfang an in Europa aktiv mitmachen, nicht nur beim Euro. Und daher werfe ich Herrn Persson nur das vor, was sein früherer finnischer Kollege Lipponen ihm auch vorgehalten hat: "Wenn man von einer Sache überzeugt ist, dann muss man als Politiker dafür einstehen, sich nicht hinter Umfragen verstecken, sondern politische Führung zeigen". Ein guter Vorsatz, der von allen beherzigt werden sollte.

Bekommen wir noch dieses Jahr die "Zweiten Römischen Verträge" ? Das ist die spannende Frage, die alle bewegt. Das Ergebnis des Konvents wird hierzu in der am 15. Oktober beginnenden Regierungskonferenz bewertet. Ideal wäre: das Paket nicht nochmal aufschneiden, sondern es so verabschieden, sonst wird viel weniger Substanz das Ergebnis sein, weil alles erstmal wieder auf den Tisch kommt. Hoffen wir mal ausnahmsweise auf die Weisheit der Regierungschefs...

Ihr

Michael Gahler



EVP-ED

Neue Dynamik für den Automarkt

Der europäische Automarkt steht am Beginn einer neuen Ära. Am 1. Oktober tritt die neue sog. „EU-Gruppenfreistellungsverordnung“ (GVO) in Kraft. Damit wird der Autovertrieb in Deutschland weitgehend liberalisiert. Die Konkurrenz im Automobilsektor hat zwar auf der Ebene der Produktion im europäischen Binnenmarkt gut funktioniert, nicht aber auf der Ebene des Handels und des Verkaufs.

Umfragen haben ergeben, dass alle Hersteller ihre Systeme erfolgreich umgestellt haben oder unmittelbar dabei sind, es zu tun. Die Möglichkeit, eigene und exklusive Vertriebsnetze aufzubauen, wird von den Herstellern in Deutschland nicht genutzt werden. Der zukünftige Vertrieb verläuft selektiv, je nachdem, welcher Händler den jeweiligen Vertragsbedingungen der Hersteller zustimmen wird. Im Gegenzug werden viele Händler von ihrem Recht Gebrauch machen, mehrere Marken anzubieten. Fazit: in ein und demselben Autohaus werden einträchtig nebeneinander Honda-Motorräder, Mazda-, Audi- und Ford-Fahrzeuge zu finden sein. Einzig Porsche hat bei der EU-Kommission wegen hoher Investitionen um eine Einzelfreistellung gebeten - die Entscheidung steht noch aus.

Service wird wichtiger

Bisher war jeder zweite Auto-Käufer in Deutschland mit Handel und Service unzufrieden. Das soll sich nun ändern. Mit der Umstellung geht eine Gesamtrevision des KFZ-Handels einher. Um einen Vertrag zu bekommen, müssen Händler neu definierte Standards an Technik und Service (etwa durch Ausbildung), aber auch „Corporate Design“ für Vorführräume und deren Ausstattung akzeptieren. Hersteller wie Audi und Ford sind schon lange dabei, diese entsprechende Verträge mit den Händlern und deren Verbänden zu vereinbaren.

Dies bedeutet insgesamt eine neue Entwicklung für den Automobilvertrieb durch die GVO. So ist schon jetzt abzusehen, dass zum Beispiel Händler- und Kundenmanagement zu den neuen Kernkompetenzen der Hersteller zählen wird. Hochwertige Autos werden wohl weiterhin über "Ein-Marken" Betriebe verkauft, wohingegen die mittlere und untere Preisklasse eher in den "Mehr-Marken" Betrieben zu finden sein wird. Die Händler allerdings werden durch den verschärften Wettbewerb vor einer schwierigeren Ausgangssituation stehen. Weitere Informationen können eingesehen werden unter:

http://europa.eu.int/comm/competition/car_sector/

GVO kurzgefasst

- Hersteller entscheiden, ob sie den Vertrieb über exklusiv eigene Netze oder selektiv über unabhängige Händler organisieren.
- Beim Exklusivvertrieb ist der Verkauf auf eine Marke beschränkt. Dabei darf der Händler über sein Verkaufsgebiet hinaus nicht tätig werden („Gebietsschutz“).
- Beim Selektivvertrieb ist dem unabhängigen Handel freigestellt, mehrere Marken unter einem Dach zu führen. Es gibt keine Einschränkungen des Vertriebs, abgesehen von Geschäften mit Wiederverkäufern. Der Gebietsschutz wird aufgehoben, bestehende Klauseln laufen 2005 aus.
- Verkauf, Wartung und Reparatur werden getrennt. Freie Werkstätten erhalten Zugang zu Diagnosegeräten und technischen Informationen.
- Fristen: Ab 1.10.03 tritt die neue GVO in Kraft. Bis 2005 gilt die Übergangsfrist zur Niederlassungsfreiheit der Händler.

Die '10 Gebote' der Europäischen Beschäftigungsstrategie

Im Juni hat die Europäische Kommission eine Halbzeitüberprüfung der sozialpolitischen Agenda vorgenommen. Diese Agenda bildet den Fahrplan der EU für die Umsetzung der Ziele der Lissabonner Strategie für wirtschaftliche und soziale Erneuerung. In ihr werden konkrete beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen vorgegeben und sie erstreckt sich über die erste Hälfte dieses Jahrzehnts. Damit und mit weiteren Maßnahmen trägt auch die EU der momentan wirtschaftlich und sozialpolitisch angespannten Lage in Deutschland wie in ganz Europa Rechnung. Das Kernstück der Agenda bilden strukturelle Lösungen zur Modernisierung und Verbesserung des europäischen Sozialmodells mit dem Ziel, den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen in der EU gerecht zu werden. Der Bericht erläutert, welche Maßnahmen in den nächsten beiden Jahren in den sechs wesentlichen Politikbereichen der Agenda durchgeführt werden sollen. (Bericht unter: http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2003/jun/spa_adoption_de.html)

Dieser Bericht ist jedoch nur ein Teil der aktuellen europäischen Beschäftigungspolitik mit dem Hauptinstrument der "Lissabonner Strategie", die sämtliche Maßnahmen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU umfasst. Im März 2000 hatte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon die auf zehn Jahre angelegte Strategie beschlossen, mit deren Hilfe die EU sich zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft entwickeln soll. Im Sinne

dieser Strategie treibt eine starke Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen voran und fördert soziale und ökologische Maßnahmen, die wiederum eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt gewährleisten.

Was gilt es bis 2010 zu erreichen?

Die zentralen Ziele der europäischen Beschäftigungspolitik sind klar definiert:

- Erstens soll bis 2010 Vollbeschäftigung erreicht werden,
- zweitens eine Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und -produktivität sowie
- drittens die Schaffung eines kohärenten und integrierten Arbeitsmarkts.

Um jedem europäischen Bürger Zugang zu einer Stelle zu ermöglichen, müssen im erweiterten Europa bis 2010 noch 22 Millionen neue Stellen geschaffen werden, so Anna Diamantopoulou, die für Beschäftigung zuständige EU-Kommissarin. Als wirkungsvollstes Instrument wird hierbei die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) angesehen, die aber einer Anpassung an aktuelle Entwicklungen auf dem gesamten europäischen Arbeitsmarkt bedarf.

Schon im Januar, als die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Zukunft der EBS vorlegte, räumte sie ein, dass beim derzeit rauen Wirtschaftsklima und dem tiefgreifenden sozio-ökonomischen Veränderungsprozess eine funktionellere Strategie vonnöten sei, um den Wandel zu bewältigen. Im April dieses Jahres hat sie konkrete Vorschläge für eine neue, stärker ergebnisorientierte EBS vorgelegt. Kern des Vorschlags ist die Ausführung von 10 Handlungsprioritäten, den sogenannten 10 Geboten. Diese werden mit Zielvorgaben verknüpft, an denen die Fortschritte gemessen werden sollen. So sollen die Kernbestandteile der Lissabonner Strategie direkt in die EBS integriert werden und konkrete Umsetzungsfristen vorgegeben werden. (zu den "10 Geboten" unter: http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_strategy/evaluation_de.htm)

Beibehalten wird jedoch das im Jahr 2000 eingeführte Instrument der beschäftigungspolitischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten. Sie geben jährlich Orientierung für die Durchführung der beschäftigungspolitischen Leitlinien und zielen dabei auf die schwierigsten und dringlichsten Probleme der einzelnen Länder. In diesem Jahr hat die Kommission insgesamt 75 Empfehlungen ausgesprochen, fünf davon an Deutschland.

Und die deutsche Agenda 2010?!

Auf nationaler Ebene stellte die Bundesregierung als Beschäftigungsstrategie bisher lediglich ihre "Agenda 2010" in Form einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor. Mitte August nun endlich hat das Bundeskabinett das langerwartete - und angekündigte - Bündel weiterer Gesetzesinitiativen vorgelegt, um die Umsetzung der Agenda 2010 voranzutreiben. Was aber der Kanzler großartig als "eine der größten Sozialreformen, die wir in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt hatten" bezeichnet, wird außerhalb der SPD eher als eine herbe Enttäuschung gewertet, selbst beim Koalitionspartner. Denn mit den Beschlüssen werden die entscheidenden Probleme und Fragen weiter verschoben oder sogar falsch beantwortet.

Die notwendigen Strukturreformen am Arbeitsmarkt sind ausgeblieben. Damit ist das vorgelegte Konzept wohl kaum tauglich, um in Deutschland die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Wachstum und Innovation wirklich zu ermöglichen. Bestes Beispiel: das angekündigte Vorziehen der letzten Stufe der Steuerreform hinterlässt beim Bürger einen schalen Beigeschmack, denn diese Maßnahme ist fast ausschließlich mit höherer Neuverschuldung finanziert. Damit lässt sich keine solide Haushaltsfinanzierung 2004 erreichen. Die Bundesregierung setzt sich erneut schamlos über über die Maastrichter Euro-Stabilitätskriterien hinweg. Das Vertrauen der Bürger in eine nachhaltige Steuerentlastung, möglich geworden durch Senkung der Ausgaben, wird also nicht gestärkt. Das erhoffte Ankurbeln der Wirtschaft durch gesteigerte Kaufkraft wird eher ausbleiben, zusätzliches Geld wird in das "Angstsparen" investiert.

Die CDU/CSU Bundesfraktion leistete dagegen mit ihrem Beschluss vom 18.03.2003 zur Modernisierung des Arbeitsrechtes einen Beitrag zum arbeitsmarktpolitischen Systemwechsel, der über die bis jetzt in der Agenda 2010 beschlossenen Maßnahmen hinausgeht. Im Juni hat die CDU/CSU ein Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes im Bundestag eingebracht, das weitaus mutiger und entschlossener ist als die Vorstellungen des Ministers Clements, und auch der Gesetzesentwurf aus Hessen zum Thema Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ist in Fachkreisen auf viel Beifall gestoßen. Diese Konzepte wird die CDU der Bundesregierung im Bundesrat entgegenstellen, insofern ist für Herrn Schröder und seine sozial- und wirtschaftspolitische Agenda 2010 wohl ein Herbst der Wahrheit zu erwarten. Denn Tatsache ist, dass seit verganginem Sommer die Ausbildungsplatzlücke um ein Drittel gestiegen und 660.000 weniger Erwerbstätige zu verzeichnen sind und damit die "Agenda 2010" der Bundesregierung bis jetzt nicht greift!

EU-Programm KULTUR 2000: Schwerpunkt kulturelles Erbe für 2004

Es ist wieder so weit! Der neue Aufruf des Förderprogramms KULTUR 2000 für das Jahr 2004 liegt vor. Gefördert werden größere Kooperationsprojekte ab einem Gesamtvolumen von 100.000 Euro, die von Organisationen aus mindestens drei Ländern gemeinsam durchgeführt und ko-finanziert werden. Schwerpunkt dieser Ausschreibung ist der Bereich Erhalt des kulturellen Erbes. Es werden jedoch auch einige Projekte aus der bildenden und der darstellenden Kunst unterstützt sowie der Bereich Buch, Lesen und Übersetzung. Die Zuschüsse variieren zwischen 50.000 und 150.000 Euro pro Jahr bei einjährigen und bis zu 300.000 Euro bei mehrjährigen Projekten. Der Zuschuss darf dabei maximal 50 bzw. 60 % der Projektkosten betragen.

Die offiziellen Unterlagen sind in deutscher Sprache unter www.kulturrat.de/ccp unter dem Link "Förderprogramme" abrufbar. Dort finden Sie auch eine ausführliche Zusammenfassung der Förderkriterien sowie unter "FAQ" auf das neue Formular abgestimmte praktische Tipps und Hinweise. Auf der Suche nach den erforderlichen Kooperationspartnern lohnt die Recherche in den 30 teilnahmeberechtigten europäischen Ländern - zusätzlich zu den bereits bestehenden Kontakten. Neben dem gemeinsamen Internetpool für KULTUR 2000 Projekte, den die europäischen "Cultural Contact Points" eingerichtet haben unter <http://agora.mcu.es/pcc/index.htm>, wurde mit Blick auf den diesjährigen inhaltlichen Förderschwerpunkt eine Kooperationspartnerdatenbank speziell für Museen eingerichtet von NEMO, dem Netzwerk der europäischen Museumsorganisationen: www.nemo.org/partner.

Für einjährige Projekte ist der Einsendeschluss der 30. Oktober 2003, für mehrjährige Projekte der 14. November 2003. Bei der Antragsstellung hilft gerne der "Cultural Contact Point" als nationale Kontaktstelle für das Programm KULTUR 2000 weiter:
Cultural Contact Point Germany
c/o Deutscher Kulturrat - Haus der Kultur
Weberstrasse 59 a D - 53113 Bonn
Sabine Bornemann: Tel.: *49 - 228 - 20 135 33 - ccp@kulturrat.de, www.kulturrat.de/ccp

Jahresbericht des Bürgerbeauftragten

Die Einrichtung des Europäischen Bürgerbeauftragten wurde 1992 im Maastrichter Vertrag geschaffen. Das Europäische Parlament wählte 1995 den ersten Bürgerbeauftragten. Seit dem 1. April 2003 hat Professor P. Nikiforos Diamandouros, der ehemalige griechische

Bürgerbeauftragte, das Amt inne und untersucht Beschwerden über Misstände in der Verwaltungstätigkeit der Organe und Institutionen der Europäischen Union. Mit Beschwerden über nationale, regionale oder kommunale Verwaltungen der Mitgliedstaaten kann sich der Bürgerbeauftragte nicht befassen. Der Jahresbericht 2002 des Europäischen Bürgerbeauftragten ist ab sofort auf der Website <http://www.euroombudsman.eu.int/report/de/default.htm> einsehbar. Weitere Informationen einschließlich Beispielen von Fällen, die der Bürgerbeauftragte im Jahre 2002 bearbeitet hat, erhalten Sie von Frau Rosita Agnew, Pressebeauftragte Tel. ++33 (0) 3 88 17 24 08.

Netd@ys – Wettbewerb: Multikulti online

Das Thema des diesjährigen Ideenwettbewerbs von [Netd@ys Europe](http://www.netdays.de) lautet: „Discover Diversity – Dialog zwischen den Kulturen“. Von Juli bis 24.10.03 können Beiträge aus dem Jugend-, Bildungs- und Kulturbereich online angemeldet werden. Die Ergebnisse werden bei den [Netd@ys](http://www.netdays.de) vom 17. bis 23.11.03 europaweit präsentiert.

Aufgerufen, Gedanken zum Thema Kulturdialog als Internetseite ins Netz zu stellen oder mp-3 Datei einzureichen, sind vor allem Schüler, aber auch junge Bürger aus Unternehmen und Vereinen. Die Ausgestaltung des Themas ist dabei völlig offen. Man kann sich auf andere Länder und Traditionen, aber auch auf unterschiedliche Lebensweisen im eigenen Land beziehen. Koordiniert werden die [Netd@ys](http://www.netdays.de) in Deutschland durch das Europäische Zentrum für Medienkompetenz in Marl (ecmc) und dem Bonner Verein „Schulen ans Netz“: <http://www.netdays.de>

€urotauschbörse in Waldbrunn

Aufgrund der regen Nachfrage der vorhergegangenen Veranstaltungen organisiere ich noch einmal eine €urotauschbörse, und zwar in Zusammenarbeit mit der CDU Waldbrunn am 5. Oktober um 10.00 Uhr im Gasthof Gröschchen in der Bahnhofstraße in Hintermeilingen. Wie üblich gibt es Euromünzalben zu gewinnen. Seien Sie alle herzlich willkommen, ob nun zum Tauschen oder auch einfach zum Austauschen!

Büro Brüssel: Europäisches Parlament ASP 10 E 217 B-1047 Brüssel Tel.: 0032-2-284 59 77 Fax: 0032-2-284 99 77	Regionalbüro Süd- und Westhessen: Am Marktplatz 19 D-64521 Groß-Gerau Tel.: 06152-93 25 94 Fax: 06152-93 25 93
--	---

e-mail: mgahler@europarl.eu.int
Internet: <http://www.michael-gahler.de>